

Der Textil-Arbeiter

Vereinzt seid Ihr Nichts.
Vereinigt Alles!

Organ des Verbandes Deutscher Textilarbeiter

Erscheint jeden Freitag. — Abonnementspreis pro Vierteljahr 4,50 M., wozu noch das Porto oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Redaktion und Expedition:
Berlin O. 27, Andreas-Straße 61 II
Telephon: Amt VII, Nr. 1072.

Postage pro 3geschichtige Postzettel 2 M., Arbeitsmarkt 50 Pf.
Alle Inseraten, Abonnements- und Verbandsgelder sind an
Otto Behm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten.

Auflage: 112000 Exemplare

Inhalt:

Eine Scharfmacherrede gegen den Zehnstdentag. — Hier mit einem vollständlichen Wahlrecht für den preußischen Landtag. — Zum Kampf in den Konventionen der Textilindustrie. — Arbeitlos. — Das Reichs-Vereins- und Versammlungsgesetz. — Lohnreduzierungen. — Aus der Bewegung in der Textilindustrie. — Aus der Bewegung im allgemeinen. — Aus dem Reichstage. — Soziales. — Vereinsgesetzliches. — Gerichtliches. — Aus Unternehmerskreisen. — Aus Handel und Industrie. — Betriebsunfälle. — Vermischtes. — Berichte aus Fachkreisen. — Bekanntmachungen. — Aufruf! Bezugdrucker aller Art und allerorts! — Totenliste. — Streitfalltafel. — Versammlungskalender. — Quittung. — Anzeigen. — Guilleton: Fachgewerbliche Rundschau.

Eine Scharfmacherrede gegen den Zehnstdentag.

Als im vorigen Jahre die Textilarbeiter im Elsaß und im badischen Oberlande durch das tapferige Eingreifen des deutschen Textilarbeiterverbandes in die Lage versetzt wurden, den Unternehmern ganz energisch auf die Bude zu rütteln, um den Zehnstdentag zu fordern, ein Unternehmen, das ihnen auch im vollen Umfang gelang, da kamen die Unternehmer und suchten die Arbeiter zu überreden, doch von diesem Vordringen Abstand zu nehmen, so unmissverständlich vertonte, daß der Zehnstdentag gefährlich eingeschätzt werde. Die Arbeiter aber waren nicht so vertraulich, um sich mit einem solch überfaulen Wechsel auf die Zukunft abstimmen zu lassen, sie verlangten Barzahlung, d. h. sie verlangten, daß die festlichen werden dürfe, er in ihren Betrieben auch sofort eingeführt werde. Und die Arbeiter taten es nicht daran, daß sie die Zeit ruhten und auf ihrer Forderung stehen blieben. Denn wenn sich die Arbeiter mit solchen Forderungen auf die Regierung und die Gesetzgebung verlassen wollen, dann sind sie verlossen genug. War das schon bei der vorigen Zusammensetzung des Reichstages der Fall, um wieviel schlimmer erst jetzt, wo das mobile Kapital, die Vertreter des Liberalismus, mit dem immobilen Kapital, mit den Vertretern des Junkertums und der Reaktion, einen Weltabkommen hat. Im Zeichen der Blockpolitik ist von der Gesetzgebung nichts gutes zu erwarten. Das ersehen wir schon an dem im Reichstage eingebrachten Entwurf des Reichsvereinsgesetzes, der in seiner vorliegenden Gestalt ein Ausnahmegesetzen ist, infolge darin die organisierte Arbeiterschaft ist, infolge darin die niedrige Bestimmung des § 7 in Betracht kommt, welche lautet:

Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Ausschlägen sind mit Genehmigung der Landeszentralbehörden zulässig."

Diese Bestimmung ist ein Politizismus, der den Arbeitern immer in die Hände geworfen werden soll, wenn ihre Organisationen es unternehmen, die zahlreichen ausländischen Arbeiter in ihrer Muttersprache zur Solidarität mit den deutschen Arbeitern aufzurufen. Es ist eine Blockfrucht der ungenießbarsten Art, gegen welche die deutsche Arbeiterschaft, und namentlich unsere süddeutschen Arbeiter, welche bisher mehr freiheitlich Vereins- und Versammlungsgezeiten hatten, und wo auch in der Textilindustrie Tausende ausländischer Arbeiter beschäftigt sind, nicht entscheiden genug protestieren können. Gerade bei jenem Kampfe um den Zehnstdentag haben wir zahlreiche Versammlungen mit fremdsprachigen Referenten abhalten müssen, um die fremdsprachigen Arbeiter, Italiener und Polen, von dem Vorhaben der deutschen Textilarbeiter in Kenntnis zu setzen.

Also, wie gesagt, auf den jetzigen Blocktag ist kein Pfifferring zu geben; denn er ist, wie die vermehrten Anzeichen ergeben, der dienstwillige Duktat, welcher den Scharfmachern alle Hergenwünsche zu erfüllen sucht. Und wie die Scharfmacher zu den geplanten gesetzlichen Festlegung des zehnständigen Arbeitstages für Arbeitertum stehn, das werden wir nachschein an ihren eigenen Ausführungen und Beschlüssen zeigen. Schon unmittelbar danach, als die elsässischen und badischen Textilarbeiterstellen die Arbeiter damit von ihren Vorbereitungen, den Zehnstdentag einzuführen, abzubringen suchten, daß sie ihnen davon erzählten, der Zehnstdentag werde sicher bald gesetzlich eingeführt werden, konnten wir mit einer Kundgebung des Centralverbandes deutscher Industrieller dienen, welche dieser gegen die gesetzliche Einführung des Zehnstdentages arrangiert hatte. Bei jener Kundgebung wurde folgender Beschluß gefasst:

Der Centralverband deutscher Industrieller ist der Überzeugung, daß nach der bisherigen Entwicklung innerhalb der deutschen Industrie auch in Zukunft noch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch die den Verhältnissen der einzelnen Betriebe angepaßte freiwillige Herabsetzung der Arbeitsdauer unter die jetzt in den einzelnen Industrien übliche von Seiten der Industriellen selbst sicher eintreten wird. Er vermag daher keinen Grund zu einem erneuten gesetzgeberischen Eingreifen zu erkennen. Er ist im Gegenteil der Überzeugung, daß die gesetzliche Festlegung des zehnständigen Maximalarbeitsstages für Arbeitertum für eine Anzahl Industriier erhebliche Schwierigkeiten für die Textilindustrie aber insbesondere auch eine ernste Bedrohung ihrer internationalen Weltbewerbsfähigkeit herbeiführen würde, während er andererseits nicht anzuverachten vermag, daß die jetzt in den einzelnen Industrien üblichen Arbeitszeiten zu-

irgendwie wesentlichen Schädigungen der Arbeitertum geführt haben.

Zu gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die Existenzbedingungen weiter Kreise der deutschen Industrie durch die neuen Handelsverträge erheblich schwieriger werden wie bisher, hält der Centralverband deutscher Industrieller eine neue Belastung der Industrie durch die Gesetzgebung für besonders unangebracht. Wederfalls ist die unabdingbare Voraussetzung jeder gesetzlichen Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen auf 10 Stunden, doch diese gleiche Verkürzung auch in dem mit der deutschen Industrie konkurrierenden Staaten, insbesondere in der Schweiz, Italien, Belgien und Österreich, eingeführt, und daß namentlich auch von diesen Staaten ausreichende Garantien dafür gesetzt werden, daß die Durchführung dieser gesetzlichen Vorschriften unter einer ebenso sorgfältigen Kontrolle, wie sie in Deutschland besteht, gestellt werde.

Und die "Arbeitgeberzeitung" gab diesem Beschluß folgende Begründung mit auf den Weg:

"Das speziell in allen Textilfabrikantenkreisen der Zehnstdentag als „unannehmbar“ angesehen wird, hatten wir schon öfter Gelegenheit anzuführen, — es ist zu hoffen, daß man die ungemein wichtigen Interessen dieser Branche nicht wieder als „quantis negligeable“ (unbeachtliches etwas ganz zu Vernachlässigendes) betrachtet wird."

Das war vor zwei Jahren. Und man könnte annehmen, daß nachdem doch die Textilindustriellen in Vohen "freiwillig" den Zehnstdentag eingeführt und glänzende Gewinnergebnisse bei der längeren Arbeitszeit aufzuweisen hatten, ferner, da in fast ganz Süddeutschland durch das Vorgehen unseres Verbandes der Zehnstdentag zur Einführung kam, der Widerstand der Scharfmacher gegen die gesetzliche Einführung des zehnständigen Arbeitstages für Arbeitertum, den soviel steht doch fest, und wir werden in nächster Nummer des "Textilarbeiter" den goethemäßigen Beweis dafür erbringen, daß die Baumwollspinnerei und ebenso die Webereien in den letzten Jahren geradezu Goldgruben gewesen sind.

Aber trotzdem sehen wir, daß das Kapital wieder aufs neue den unersättlichen Nachschub aufreißt, um noch mehr Preise zu verschlingen. Unsere Leser wissen ja bereits, daß der "Centralverband deutscher Industrieller" am 28. Oktober d. J. verfaßt war, um gegen die geplanten gesetzlichen Maßnahmen auf dem Gebiete der Sozialpolitik Sturm zu laufen. Zu diesen Maßnahmen gehört auch die gesetzliche Festlegung des zehnständigen Arbeitstages für Arbeitertum. Vor einigen Wochen schon ging die Meldung durch die Tagespresse, daß die Regierung mit dieser Sache aufzutreten würde. Denn zu etwas Ganzem schwingt sich ja unsere Regierung nicht auf. Sie will nicht den zehnständigen Arbeitstag für alle Arbeiter, sondern nur für die Arbeitertum einführen. Die männlichen Arbeiter können also nach wie vor bis 24 Stunden täglich ausgleichen werden. Aber selbst diese sozialpolitische Sache ist den Unternehmern noch zu viel; gar nicht soll gehen. Und so haben sie sich denn auf ihrem Verbandstage diese Frage ganz besonders vorgenommen.

Der Zehnstdentag für die Arbeitertum und die Textilindustrie, so lautete nach der "Deutschen Industriezeitung" das Thema, mit welchem sich der Centralverband beschäftigt und für welches der Fabrikarbeiter Langen... Gladbach als Repräsentant bestellt war.

Im nachfolgenden geben wir die Ausführungen des Fabrikarbers Herrn Langen so wieder, wie sie in der "Berliner Textil-Zeitung", aus der "Deutschen Industriezeitung" stammend, abgedruckt sind. Danach hat Herr Langen eingangs bemerk, daß er vom Standpunkt der Textilindustrie, speziell vom Standpunkt der Baumwollindustrie, spricht. Er wies darauf hin, daß längst durch die "Berl. Polit. Nachrichten" und weiter durch die Presse verbreitet worden sei, die Textilindustrie habe sich mit der sozialpolitischen Neuerung, dem Zehnstdentag für Arbeitertum, einverstanden erklärt. Daß eine solche Note, so führte Rodner aus, im Reichstag auf breiter und nachhaltiger Widerstand stoßen wird, ist allerdings nicht anzunehmen, daß aber auch die Textilindustrie sich in erster Reihe mit dieser sozialpolitischen Neuerung einverstanden erklärt habe, muß, wenigstens soweit die Baumwollspinnerei, Spinnweberei (?) und die großen Weberei in Frage kommen, ganz entschieden bestritten werden. Diese stehen auch heute noch auf demselben Standpunkt, welchen sie bei den diesbezüglichen Verhandlungen des Centralverbandes vor zwei Jahren eingenommen haben (Siehe obige Resolution, Art. d. "E.") und den auch der Centralverband zu dem seines mache; denn die Delegiertenversammlung kam damals zu dem Ergebnis, daß eine gesetzliche Verkürzung der Maximalarbeitszeit der Arbeitertum nicht zu empfehlen sei. Allerdings haben sich seitdem die Arbeitsverhältnisse teilweise anders gestaltet. Eine Anzahl Augsburger Textilfirmen hat am 1. Januar 1908 in ihren Betrieben den zehnständigen Arbeitstag eingeführt, teilweise durch dieses Vorgehen gezwungen, teilweise freiwillig. Seitdem mehrere süddeutsche Textilindustrielle das gleiche getan. In Wülhausen i. Elsass hat eine Arbeitgeberbewegung zur Einführung des Zehnstdentages Anschluß gegeben und ist solches Vorgehen natürlich auch nicht ohne Einfluß auf die benachbarten badischen Industriebezirke gewesen. In Nord- und Westdeutschland, besonders in Niedersachsen und Westfalen, hat die Textilindustrie aber allgemein am bisherigen Elbstundentag festgehalten, und nur in einigen größeren Städten manigfachigt, die tägliche Arbeitszeit um 1/2 Stunde zu verlängern, hauptsächlich deshalb, weil in den meisten anderen industriellen Werken des Landes, so in Köln, Hannover, Bremen, Magdeburg, Gladbach, wo eine Spinnerei freimäßig den Zehnstdentag unter entsprechender Lohnverkürzung eingeführt hatte, dann aber bei großer Produktionsausfall mit den Arbeitern wegen Wiederin- führung der zehnständigen Arbeitszeit verhandelt und diese sich

unter der Voraussetzung abermaliger entsprechender Lohnverhöhung, sofort dazu bereit erklärt. Es haben nun Verhandlungen zwischen den großen Verbänden der Baumwollspinnerei und Weberei und schließlich eine Versammlung aller dem Centralverband angehörigen Vereine der Baumwollindustrie stattgefunden, in welcher auch Vertreter anderer Zweige der Textilindustrie anwesend waren. Das Ergebnis ist die Resolution, welche mit den übrigen Resolutionen zur Sozialpolitik die Delegiertenversammlung des Centralverbandes annahm.

In der Begründung legte Herr Langen hauptsächlich folgendes dar: Jede Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeitertum bedeutet für die Spinnerei und Weberei nach deren technischen Verhältnissen eine gleiche Verkürzung der Betriebszeit, überhaupt also auch der Arbeitszeit der männlichen Arbeiter. Eine große Anzahl von Verhandlungen kann nur von Arbeitertum ausgeführt werden; die verschiedenen Abteilungen greifen aber direkt ineinander, daß eine Differenzierung der Arbeitszeit männlicher und weiblicher Angestellter aus technischen Gründen ganz unmöglich ist. Jede Verkürzung der Arbeitszeit bedingt daher für die Ergänzung der Spinnerei und Weberei eine erhebliche Versteinerung der Herstellungskosten. Die Tätigkeit des Arbeiters beschränkt sich auf die Bedienung der Maschinen. Sie kann bei deren heutigen schnellen Gang in der Spinnerei überhaupt nicht, in der Weberei nur in durchaus ungenügenden Grenzen, zu einer intensiveren gestaltet werden. Der Produktionsausfall wird der Arbeitszeitverkürzung in der Spinnerei voll entsprechen, in der Weberei wird er geringer, aber für die Steigerung der Herstellungskosten noch schwerwiegend genug sein. Die generellen Kosten werden sich daher auf eine geringere Produktion verteilen, so daß sich die Herstellungskosten, auf die Einheit des Fabrikats bezogen, wesentlich erhöhen, und das um so mehr, als die Arbeiter für die längere Arbeitszeit den gleichen Lohn wie bisher verlangen werden. Die Behauptung hat überall dort, wo eine Verkürzung der Arbeitszeit stattgefunden hat, ihre volle Bestätigung gefunden.

Es kommt auch in Betracht, daß sich die Produktion der Spinnerei in höherem Maße verringert wie der Bedarf der Weberei und der übrigen Garnverbraucher. In der Weberei ist immerhin ein intensiveres Arbeiten und dadurch eine bessere Ausnutzung der verfügbaren Arbeitszeit möglich, zudem hat die Spindelvermehrung in Deutschland mit der Vermehrung der Webstühle nicht gleichen Schritt gehalten, hauptsächlich wegen Mangels an weiblichen Arbeitsträgern. Teils stehen sogar noch eine Menge von Spindeln mindestens vorübergehend still aus Mangel an Arbeitertum, teils hat den einzelnen Arbeitertum eine größere Anzahl von Spindeln zur Bedienung übertragen werden müssen, was diese zwar einen erheblich höheren Verdienst bringt, für die Spinnerei aber einen bedeutenden Rückgang in der Produktion per Spindel bedeutete. Diese höheren Kosten müssen in einer entsprechenden Steigerung der Garnpreise zum Ausdruck kommen, es er scheint aber fraglich, ob die deutsche Weberei in der Lage ist, solche Mehrläden zu tragen. Ihre ohnehin eng begrenzte Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt würde zweifellos zum Schaden nicht nur der Unternehmungen und des darin investierten Nationalwettbewerbs, sondern auch zum Schaden der in ihnen beschäftigten Arbeiter weiterhin beeinträchtigt werden. Dazu kommt als Umstand von höchster Bedeutung, daß heute die Wirkung der Neugestaltung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse auf die Textilindustrie und die Lohnverhältnisse ihrer Arbeitern noch nicht abzusehen ist. Erst wenn sie seit einiger Zeit in der Textilindustrie ganz Europas bestehende Hochkonjunktur einer normalen Geschäftszeit Platz gemacht haben wird, wird sich beurteilen lassen, ob unsere Industrie überhaupt den genügenden Platz für geniebt.

Rodner will auf Eingehalten und kennende Elemente nicht eingehen, sondern nur diejenigen Gründe hier anführen, welche vom gemeinsamen Standpunkt der Konsumenten sowohl wie der Produzenten für die vorliegende Resolution sprechen. Daß namentlich im Interesse der Saftindustrie Ausnahmen in manchen Fällen nötig sind, wenn aus den in der Revolution angegebenen Gründen eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeitertum sich als eine nicht zu vermeidende Notwendigkeit ergeben sollte, sei ebenso selbstverständlich, als daß die jetzt bestehenden Abnahmen der Gewerbeordnung, welche im Falle der Arbeitszeitverkürzung zeitweise ein längeres Arbeiten gestatten, auch für die Folgen bestehen bleiben müssen. Nicht minder berechtigt sei das Verlangen, daß eventuell nur eine ganz allmählich eintretende Verkürzung der Arbeitszeit mit nicht zu kurz bemessenen Übergangsfristen vorgenommen wird, und daß jede Differenzierung in der Arbeitszeit, seit es der einzigen Arbeitertum, welche ein Haushalt zu versorgen haben, sei es der jugendlichen Arbeitern auf die Dauer verhindert wird. Diese Differenzierungen schädigen nicht nur die Arbeitgeber, sondern noch nicht diejenigen Arbeitnehmer, die bei ihren Arbeiten von der regelmäßigen Mitarbeit der vorgenannten Arbeitertum abhängig sind.

Herr Langen empfahl nach alledem die — nachher tatsächlich erfolgte — einstimmige Annahme der Resolution, welche eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeitertum als ein gerechtfertigtes Vorgehen und es entschieden vorgezogenen erklärt, der Industrie wie bisher, nach Maßgabe der Verhältnisse, freiwillige Verkürzung der Arbeitszeit zu überlassen, falls aber eine gesetzliche Verkürzung vorgenommen wird, sei eine Übergangsfrist von mindestens vier Jahren zu lassen, die Eigenart der einzelnen Industrien sei sorgfältig zu berücksichtigen und weitgehende Ausnahmeverordnungen zu gewähren.

Wir werden in nächster Nummer unseres Blattes ausführlich auf diese Argumente des Herrn Langen zurückkommen und zeigen, wie halblos dieselben sind. Angesichts aber möchten wir doch unseren Kollegen, besonders in Rheinland-Westfalen, den Rat erläutern, die Zehnstdentagfrage noch einmal von neuem, und zwar in recht sachverständiger Weise aufzutragen. Was war wohl auch hier schon

Die Aussperrung der Tegtilarbeiter bei der Firma E. M. Raeh in Köln-Merheim beendet. Dem Arbeiterausschub wurde am Dienstagmorgen voriger Woche, also am ersten Tage der Aussperrung, von dem Betriebsleiter erklärt, daß die Firma sich auf keine Verhandlung mit den Arbeitern einlässe; keiner der jetzt Gefündigten würde mehr eingestellt; Rente und Löhnnung lägen für jeden bereit. Am Mittwochmorgen wurden die Arbeiter davon überzeugt, daß die Neuerbung des Betriebsleiters zur Wirklichkeit geworden war: alle organisierten Weber waren entlassen. Bei den ausgesperrten Arbeitern bestand aber die Meinung, daß die Direktion und Herr Raeh selbst falsch unterrichtet seien und schickten aus diesem Grunde den Gauleiter Neimes vom Deutschen Tegtilarbeiterverband nach Bonn in die Privatzwchnung des Herrn Raeh. Als der Gauleiter dem Herrn Raeh die Sachlage richtig auseinandergesetzt hatte, wurde ihm seitens des Herrn Raeh erklärt, daß dreizehn Weber unter keinen Umständen wieder eingestellt würden. Nach längerem Verhandeln zwischen dem Gauleiter Neimes und dem Herrn Raeh, der inzwischen nach Merheim gelommen war und sich die Elemente, die jetzt in seiner Fabrik arbeiten und die alles andere, nur keine Weber sind, einmal angesehen hatte, wurde die Zahl der Nichteingestellenden von dreizehn auf drei vermindert. Als die Arbeiter dies Resultat erfuhren, waren sie selbstverständlich nicht damit einverstanden, denn sie standen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß entweder alle eingestellt werden mühten, oder keiner. Inzwischen hatten zwei den Entschluß gefaßt, abzureisen und der dritte verzichtete darauf, eingestellt zu werden, da er bereits eine neue und bessere Stellung gefunden hatte. Nun lagen weiter keine Bedenken mehr vor, und die darauf erfolgte Abstimmung ergab, daß Freitagmorgen geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen sei. Somit war die Aussperrung nach dreitägiger Dauer beendet, und die Streikbrecher von der Direktion veranlaßt, die Webstühle zu räumen, um den moralisch rein stehenden Arbeitern Platz zu machen. Der Betriebsleiter Urban dagegen und zwei weitere höhere Beamte wurden plötzlich entlassen. Aus welchem Grunde? Das zu bestimmten überlassen wir der Öffentlichkeit.

Bur Lohnbewegung der Spinnerei-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Leipzig. Die ungeheure Leuerung aller Lebensbedürfnisse veranlaßte die Spinnerei-Arbeiter und -Arbeiterinnen in allen Leipziger Spinnereien, eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu besprechen, um den Febrilherren durch die Organisationsleitung folgende Forderungen zu unterbreiten: Lohnprozentige Lohnerhöhung, für Spinner 28 Ml. Mindestlohn; für Überstunden 50 Prog. Aufschlag, sowie Entschädigung bei Stillstehen der Maschinen, bei Warten auf Material, bei Reparaturen oder sonstigen Betriebsstörungen; Bezahlung der Spukzeit an Tagen vor den Festen Ostern, Pfingsten und Weihnachten. Für Allordarbeiter und Arbeiterinnen Lohnabrechnung nach dem

weiterinnen Lohnzahlungsbücher, wo solche noch nicht vorhanden sind. Aushängen der Wohntarife in den Arbeitsräumen. In der Leipzigger Baumwollspinnerei wird der fehlende Andreher und Aufzieder in dem vierten Neubau verlangt. Bis zu deren Einstellung soll ihr voller Lohn prozentual an die der Maschine beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen gezahlt werden, da diese für die beiden fehlenden Personen die Arbeit verrichten müssen. Ferner sollen hier gelernte Andreher mit 65 Proz., nach vier Wochen mit 70 Proz. vom Spinnerlohn eingestellt werden. Gelernte Spinner, die Andreherarbeiten verrichten müssen, sollen mit 80 Proz. vom Spinnerlohn eingestellt werden. Die Arbeitszeit soll am Sonnabend in allen Betrieben um 4 Uhr beendet werden, damit auch die vielen Frauen, welche zum großen Teile sehr weit von den einzelnen Fabriken entfernt wohnen, Gelegenheit haben, auch am Sonnabend, in welchem Tage doch mehr Hausharbeit zu verrichten ist, die Hausarbeit erlebigen können. In der Stammgarnspinnerei von Göhr u. Co. in der Leipzigger Stammgarnspinnerei und in der Stammgarnspinnerei Gautschi beginnt am Sonnabend die Arbeitszeit ein halbe Stunde eher wie an den übrigen Wochentagen, was ebenfalls bestätigt werden soll.

Um Westland fanden gleichfalls Versammlungen, doch hauptsächlich für die Weberarbeiter statt, in denen das Verlangen nach Einführung eines neuen Tariffs nebst fünfzehnprozentiger Lohnauslage zum Ausdrud kam.

Im Greiz-Geraer Bezirk haben auch Versammlungen stattgefunden, in denen meist folgende Forderungen aufgestellt wurden:
Einheitlicher Lohntarif für den ganzen Bezirk. Der Geraer Tarif dient als Grundlage. 2. 15 Proz. Aufschlag auf sämtliche Löhne. Fortlaufende Ergänzung auf alle Artikel, die noch nicht im Tarif vorgesehen sind. 4. Festsetzung eines Garantielohnes von 18 Mf. pro Woche. 5. Für unterschuldetes Warten 35 Pf. Entschädigung pro Stunde. 6. Für Muster im Nebenstuhl 2 Mf., für 2 Musterstühle 4,50 Mf. pro Tag. 7. An den Sonnabenden mittags Arbeitsabschluß. 8. Wahl von Fabrikausschüssen nach der Greizer Arbeitsordnung und Einsetzung eines Schlichtungsausschusses wie in Iauchau-Meerane. 9. Einführung von Lourenschuhzügen zum anzeigen der eingeschlagenen Schuhsäben. 10. In Namigmühlenereien sind nur zwei Stühle zu bedienen, bei komplizierter Wechslerarbeit nur ein Stuhl.

Die Färber Kreisels haben an den Färbereiverband folgende
Anforderungen gestellt: 1. Der Lohn für Schwarzfärber wird von
3,60 Mtl. auf 24 Mtl. pro Woche erhöht. 2. Der Lohn für Couleur-
färber wird generell erhöht; die Bezahlung erfolgt nach der im
vorigen Jahre vereinbarten Staffelung, so daß also der Höchstlohn
von von 21 Jahren ab erreicht werden kann. 3. Der Lohn für
Hilfsarbeiter wird wie folgt festgesetzt: Im ersten Jahre 18 Mtl.,
im zweiten Jahre 20 Mtl. und vom dritten Jahre ab der Tariflohn
der gelernten Färber. 4. Die 1½stündige Mittagspause soll
gerall strikt eingehalten werden. 5. Sonabend nachmittag wird
um 5½ Uhr Feierabend gemacht. 6. Der Verband Rheinischer
Färbereien wolle seinen Mitgliedern anempfehlen, wenn in einem
einzelnen Betriebe Differenzen ausbrechen und seitens der Ar-
beiter ein Vorstellungsverden ihres Verbandsvertreters gewünscht
werde, daß dieser nicht zurückgewiesen, sondern mit ihm verhandelt
werde. 7. Beuglich der Überstunden wird gewünscht, daß dem
älter gegebenen Versprechen, jede Minute Überarbeit zu be-
zahlen, auch folge gegeben wird, damit nicht der Usus eintrete,
daß Arbeiter, der einmal eine Überstunde gemacht hat, am

deren Lage eine Stunde früher nach Hause zu schicken.
Die Arbeiter sind der Meinung daß eine Erhöhung der Löhne so mehr berechtigt ist, als in den anderen Güterindustrien, wie Zuderei und Appretur, höhere Löhne bezahlt werden; auch in Herford-Warmen sind die Löhne der Färberarbeiter höher als in Krefeld. Außerdem ist beim Tarifabschluß im vergangenen Jahr eine weitere Lohn erhöhung zu gegebener Zeit versprochen.

Die Generalversammlung des Färbereiverbandes beschloß einmig: 1. Vor Mündauerung zu dem Antrag I haben die Hersteller zuerst den Wiederau zu erbringen, ob sie ihre Verpflichtungen am 31. Oktober 1908, insbesondere die neuen Löhne im Oct. 1908 endend, namentlich Sierien, Silberstein, Oberholz, Düllen, Böhrberg, o. Bankenberg auszuführen bekennt. Infolgedessen wachten die den Gefürdungen des Verbandes ist das bisher nicht vorgekommen. Kuntz wird einstimmig abgelehnt. Die Versammlung steht auf dem Standpunkt, daß die bisherige Absonderung nach vorangegangen Stellung durchaus nicht geben die Absonderung störe, da früher junge Leute von 21 Jahren nie den Großlohn einer hört und durch die neue Stellung niemand gefordert ist. Bei 2 wird beschlossen: Die Färbearbeiter werden, im ersten Jahr mit 18 Mrt., im zweiten Jahr mit 20 Mrt., im dritten mit 22 Mrt., im vierten mit 24 Mrt. und so weiter im sechsten Jahr mit 27 Mrt. auf diese Weise geblieben, die dem Textilarbeiterverband am 1. Nov. 1908 unterstellt wurden, eben dieser in einem Antrage verabschiedet eine mündliche Verhandlung der Fragen. In der Abstimmung vom 16. November nahm der Färbereiverband zu der Bitte Stellung und beschloß dem Wirklicherband zu entsagen, daß eine erneute Bezeichnung wieder keinen Zweck habe,

bis eine bestimmte Antwort wegen der Höhe der Umgegend erfolg sei. Dann aber solle diese Antwort einer erneuten Generalversammlung vorgelegt werden."

Die Seidenkästcheweber Kreftels & haben die Kündigung eingereicht.

Husland.

Österreich. In Spalato (Dalmatien) streiken die Seiler — In Tarnow (Galizien) sind die Talschweber — 19 Personen — ausgesperrt worden. — Den Ueberthon-Duder in Wien sind ihre Forderungen nun durchweg von allen Firmen bewilligt worden. — Der Streik der Färberei bei Mup in Wien dauert noch.

Ungarn. In der Bandfabrik von Jalo b Schön in Budapest streiken die Weber, weil ihre geringen Forderungen, welche sie nach wiederholten Lohnreduktionen stellten, abgelehnt werden sind. Zugzug sollte man vermeiden.

Schweiz. Der Färberstreit in Zürich musste bedingungs-

los aufgegeben werden, und wurden noch circa 40 Personen gemacht regelt. Der alte Tarif musste auf ein weiteres Jahr von der Arbeiterchaft anerkannt werden, was uns aber nicht missmutig macht, sondern ansporn, den Verband weiter auszubauen.

Frankreich. In Moubaig streiken die Weber der Firma Wattinne seit dem 6. Oktober und noch dauert der Streik fort. Die Ursache des Konfliktes ist eine Forderung auf Lohn erhöhung, welche die Arbeiter stellten und der Unternehmer ablehnte. — In der Sortiererei von Victor Duceulombier daselbst währt gleichfalls ein Streik seit dem 2. November. Durch ihn wehren sich die männlichen Arbeiter gegen den Versuch des Unternehmers, weibliche Hülfskräfte einzustellen, welche die Arbeitslöhne drücken sollen.

England. Zum drohenden Streit der Feinspinnerei-Arbeiter im Oldhamer Bezirk. Eine gemeinsame Konferenz verlief völlig resultatlos, da die Vertreter der Arbeiter auf der Forderung einer Lohnershöhung um 20 Proz. auf höheren Ziffern und höhere Nummern und um 12½ Proz. auf höheren Werten und höhern Nummern bestehen blieben, während die Vertreter der Arbeitgeber die Forderungen der Arbeitnehmer als den Bruch eines seinerzeit in Brookland getroffenen Nebeneinkommens bezeichneten und die Angelegenheit einem Schiedsgericht unterbreitet wissen wollten, wobei sie aber gleichzeitig, falls dasselbe die Forderungen der Arbeiter nicht als Bruch des oben erwähnten Nebeneinkommens erklären sollte, eine Lohnershöhung von 5 Proz. anboten. Dem Präsidenten des Handelsministeriums, Mr. Lloyd-George, gelang es aber, die Vertreter der Arbeiter zu bestimmen, den Ablaufstermin der Kündigung um vierzehn Tage hinauszuschieben. Das Handelsministerium wird ohne

Aus der Arbeiterbewegung im allgemeinen.

Husland.

Russland. In Minsk dauert ein Streik der Arbeiter in der Konfektionsbranche schon die vierte Woche. Als der Streik ausgebrochen war, suchten die Unternehmer Hilfe bei der Administration, die auch sogleich zum Schutz der Unternehmert interessenschrift und den Schneiderverband mit Repressalien aller Art überhäufte. Sofort wurden 7 Mitglieder des Verbandsausschusses verhaftet. Nach einigen Tagen nahm man in dem Verbandslokal abends 40 streikende Arbeiter fest, die sich zur Beratung der von den Unternehmern gemachten Vorschläge versammelt hatten; die Arbeiter wurden auf administrativem Wege zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt. Am 28. November, endlich, schloss die Administration ohne jegliche gesetzliche Veranlassung den Verband, indem sie darauf rechnete, damit die Methoden der Arbeiter auf einmal zu erschüttern. Trotz der Dienstbeflissenheit der Administration dauert der Streik fort.

Aus dem Reichstage

(Vom 25. bis 30. November.)

Die Woche begann mit der Beratung eines Gesetzentwurfs betreffend die Errichtung zweier Stiftungen. Der Entwurf wurde unbesiegbar angenommen. Dann folgte die Beratung einer sozialdemokratischen Interpellation: „Was gedenkt der Herr Reichsminister zu tun, um den ungemein hohen Preisen der Lebensmittel entgegenzuwirken?“ Die Interpellation wurde vom Abgeordneten Schiedemann begründet, der eine durchschnittliche Steigerung der Lebensmittelpreise um 88½ Prozent in den letzten zehn Jahren feststellte, in einzelnen Fällen sogar 80 und mehr Prozent. Die enorme Steigerung der Fleischpreise bezeichnete der Redner als eine Folge der Agrarpolitik. Es handle sich um eine systematische Ausplündierung der deutschen Bevölkerung zugunsten der Großgrundbesitzer. Die Getreidepreise überstiegen in Deutschland den Weltmarktpreis um den Betrag der auf dem Getreide lastenden Zölle, daraus erwachte armen, kinderreichen Familien eine jährliche Mehrausgabe allein für Brot um 87,36 Pf. Die Gebühren für die Untersuchung des ausländischen Fleisches müssen herabgesetzt oder bedeutend ermäßigt werden. Daneben ist notwendig die Wiedereinführung des Identitätsnachweises sowie eine Sanktionsierung sämtlicher Zölle auf Lebensmittel, damit die Not nicht eine zu große Ausdehnung annimmt.

Staatssekretär des Innern v. W e t h m a n n - H o l l w e g gab
er Ansicht Ausdruck, daß die Steigerung der Preise eine inter-
nationale und für die Ernährung unserer Bevölkerung noch nicht
kritisch geworden sei. Die verbündeten Regierungen würden an
der bisherigen Wirtschaftspolitik festhalten. „Wir werden
die hohen und überhohen Preise, wie wir sie gegenwärtig — ich
gehe das ganz offen — haben, auf die Dauer nicht haben, aber wir
wollen nicht um einer vorübergehenden Erschöpfung willen Maß-
nahmen ergreifen, wie sie zuletzt der Vorredner vorgeschlagen hat.“
Von den Rednern der verschiedenen Parteien sprachen sich nur
e. Abg. G i e z l i n g (frz. Vp.) und M a u m a n n (sfz. Va.) für

e wogg. Wiegling (fr. Vp.) und Kraumann (fr. Vg.) für
Endberung der Wirtschaftspolitik aus, aber auch noch bemerkens-
wert makabell; die übrigen Parteien, welche mehr oder weniger
die agrarischen Interessen vertreten, versagten vollständig. Schließ-
lich wurde die weitere Versprechung der Interpellation vertragt.

Um anderen Tage kam eine Interpellation der sozialdemokratischen Fraktion darüber zur Debatte, welche Maßregeln der Reichsfinanzialer zu ergreifen gedenkt, um der gemeinschaftlichen Leidtragung der Mohle und Zelle entgegenzutreten. Eine ähnliche Interpellation lag auch von konservativer Seite vor. Die beiden Seiten, die am Tage vorher die Nebenkostentwicklung kritisierten, wendeten sich plötzlich sehr gegen den die Mohle betreffenden Kummer. Von diesem haben sie keinen Augen, sondern haben, daher der Umschwung der Meinung. Wirtschaftliche Mittel haben sie aber auch nicht gegen den die Industrielle Kraft verlieren. Rücker an, der ein Produkt der Sandsteinsbildung ist. Diese erwartet auch der sozialdemokratische Redner (Wollenkuhr) nicht, durch sie die Produktion in geordneten Bahnen gehalten werden kann. Das errungene Monopol werde aber von den Reichtümern überzeugt zur Erfüllung des Wollkörpers. Schließlich werde Wollkörner geben müssen; diese rücksichtlosen Eigentümer exproprieren. Scherl, nach Wollenkuhr kann noch benutzt werden (Berich), der in der Schrödung der Dokumente eine Rolle in der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterschaft unternehmerisch noch übertreffe. Wie Wettel zur Wilderung des Mohlennot führte Wollenkuhr den Bau von Kanälen, andere bei Wissenslandwirtschaft dem Rhein zur Elbe. Erhöhung der Kohlenförderung in den fiktionalen Gruben mit gleichzeitiger

Verabsiedlung der Preise und in letzter Linie als Hauptziel die Verstaatlichung der gesamten Kohlengruben an.

Der Minister Delbrück versprach sich von Maßregeln seines Wirkung; er sagte nur zu, daß es möglicherweise zu einer Beleidigung der Ausnahmetatise für Kohlen, wodurch die Ausfuhr erleichtert wird, kommen könne. bemerkenswert war seine emphatische Versicherung, daß er niemals versuchen werde, die ihm unterstellten sozialistischen Arbeiter in ihren staatsbürgertlichen Rechten zu beschränken, eine Versicherung, von der die sozialistischen Arbeiter gewiß gern Nutzen nehmen werden.

Auch die Nationalliberalen kamen mit Beschwerden aus industriellen Kreisen über die Kohlenteuerung. Die übrigen Fraktionen erhoben natürlich auch, mehr oder weniger laut, ihre Stimmen gegen die Kohlenteuerung. Schließlich wurde, bevor noch ein zweiter sozialdemokratischer Redner — Hué vom Bergarbeiterverband — genannt — zu Wort kommen konnte, ein

Weiter beschäftigte sich der Reichstag mit Versicherung und Sicherung. Schon dem vorigen Reichstage lag das Gesetz über den V e r s i c h e r u n g s v e r t r a g vor, welcher das Verhältnis zwischen Versicherten und Versicherungsgesellschaften regeln soll. Infolge Auflösung des Reichstages blieb die Vorlage in der Kommission, in welche sie gewiesen worden war, begraben. Die neue Vorlage weicht nur in einem Punkt von der Fassung der damaligen Kommission ab; sie will die Hinterbliebenen von Selbstmördern von dem Anspruch auf die Lebensversicherungsprämie ausschließen. Gegen diese Ungerechtigkeit wandte sich nachdrücklich Abg. Stadthagen (Soz.). Die Vorlage wurde an eine Kommission zur Beratung überwiesen.

Dann folgte die erste Lesung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Bauforderungen. Es stellt einen Versuch dar, gegen den Bauschwindel anzusämpfen, der seit Jahren bei Neubauten, namentlich in größeren Städten, betrieben wird und dem alljährlich zahlreiche Handwerker und Arbeiter zum Opfer fallen, indem sie dabei um ihre Forderungen gepresst werden. Wie stark Bauarbeiter durch die Schwindelmanöver betroffen werden, zeigte Abg. Wömelburg (Soz.) an Zahlen, die in diesem Jahre ermittelt wurden: In der Zeit vom 1. Januar bis 1. November haben unter 58 Orten, an denen Nachforschungen angestellt wurden, in 40 Orten allein die Maurer infolge der Bauschwindelerpraktiken 88 000 M. eingebüßt, von denen nachträglich etwa 40 000 M. eingelagert werden konnten.

Um folgenden Tage begannen die Staatsdebatte. Schatzmeister b. Stengel erklärte die Schaffung neuer Einnahmen für unaufschiebar. Zur Überraschung des Reichstags ließ er aber die gemütliche Ankündigung folgen, daß die Regierung noch nicht wisse, was sie für neue Steuern fordern soll. Das wäre ja recht gut für die Steuerzahler — sie könnten wünschen, daß es so bliebe —, wenn Herr b. Stengel nicht doch noch mit der Erklärung herausgerückt wäre, daß die neuen Steuern eine direkten sein würden. Das wäre um so schlimmer, weil das Volk durch direkte Steuern nicht weniger belastet wird als durch indirekte, aber nicht dahinter kommt, aus welchem Anlaß ihm der Schuh drückt und daher auch schwer dazu gelangt, gegen diesen Steuerdruck wirksame Maßnahmen zu treffen. Konservative und Zentrum erklärten sich nicht gegen diese Steuern. Außer der Abgabe dieser Erklärung für das Zentrum brachte der Redner desselben, der Abg. Spahn, noch die bekannten „Potsdamerien“ zur Sprache. Das brachte auch den Reichsanziger auf die Weine, der pathetisch die Existenz jeder Kamarilla in Abrede stelle und versicherte, daß nur einige räudige Schafe „gepotsdamert“ hätten, der Adel sonst aber sittenrein sei. Herr Spahn antwortete aber, daß bereits in der Kommissionsberatung über die Leg. Heinze Entschlüsse über jene Dinge vorgebracht worden seien, und Abg. Passermain (National) fragte, weshalb denn nicht wenigstens den zuständigen Instanzen über jene undelsilaten Dinge reiner Bein eingeschänkt worden sei. Abg. Passermain rügte auch, daß der Reichsanwalt im Hochverratsprozeß Viebsnecht gegen diesen Buchthausstrafe beantragte, da man dem Reichsanwalt Viebsnecht doch keine ehrlose Gesinnung unterstellen könne. Das geschehen könnte, sei doch eine Verkennung der Verhältnisse, die jedermann stündig machen müsse. Der preußische Finanzminister b. Rheyndorff unterstützte Herrn b. Stengels Ablehnung der direkten Steuern. Abg. Bebel bezichtigte ganz richtig den Militarismus als den Grund der Finanzkalamität und sprach es als eine Heraussetzung des Reichstags, daß die Regierung nicht wenigstens die Objekte der Steuerpläne mitteilte. In Zusammenhang mit der Finanzlage schilderte Bebel die unbeständige wirtschaftliche Lage, die jetzt schon die Arbeiter mit Arbeitslosigkeit im hohen Maße bedroht. In Berlin seien jetzt schon 10.000 bis 40000 Arbeiter arbeitslos. Dabei werden Lebensmittel teurer und teurer. Herr Paasche sei auf das nationale Auskunftsmitte verfallen, man solle das Brot steinerden. Das geschehe jetzt schon. Zum Beweis brachte Bebel ein kleinstes Brötchen zum Vortheil, das noch nicht einmal in den ärmlichen Gebirgsgegenden, im Erzgebirge, im Spessart, der Rhön. Den Jäunkern, die bei seinen Ausführungen eine regnützliche Stimmung zu martern suchten, rief er zu, sie sollten Göttern danken, daß jetzt nicht erst die Wahlen zum Reichstage stattfinden, sie sähen sonst nicht in einer solchen Zahl im Reichstage. Bebel bewies auch, daß die Betriebszölle selbst für die Industrie kein ungeänderter Vorteil seien und wandte sich dann gegen das unablässige Müssen, besonders gegen die neue Flotte. Weiter ging auch Bebel auf die gräuerlichen Zustände, die im Moltke-Prozeß enthüllt wurden, und wandte sich gegen den Reichsanziger in Abrede gestellte Kamarillowirtschaft. Um Hochverratsprozeß Viebsnecht zeigte er, wie es mit unserer Rechtslage steht. Kriegsminister b. Einem gab die Erklärung ab, er alle Offiziere, welche das Heer kompromittierten, aus dem Dienst entfernen wolle. Namens der freikonservativen Partei stand Fürst Hohenzollern, wozu sich Fürst Bülow das Wort zu einer Auseinandersetzung über auswärtige Politik und Kamarilla nahm. Er überraschte den Reichstag mit dem Augeständnis, daß auch in parlamentarisch regierten Ländern Kamarillen gebe. Nach gibt es also doch auch in Deutschland welche, was der Anziger aber am Tage zuvor in Abrede gestellt hatte. Der dritte Tag der Staatsdebatte ließ die Hörer einen Einblick in das Blockgramm nehmen, zeigte aber auch die Badeligkeit des Blocks, zu ihm gehörigen Freisinnigen zeigten sich dabei aber als bestreite Flottenanhänger. Der Reichsanziger war natürlich bemüht, alles zur Erhaltung des Blocks zu tun. Dazu ist es zu verhindern, daß es dem Zentrum gelänge, dem Vereinsgefeinde eine solche Fassung zu geben, daß die Konservativen nicht daran können kommen, damit würde dem Block ein fühlbarer Stoß verliehen werden.

Zu Beginn der Sonnabendssitzung war der Vertrag zwischen Preußen und den Niederlanden über Unfallversicherung unter Lesung angenommen worden.

Soziales.

Soziale Absprachung. Etwa von der Fortberung auf Zurückstellung der Beiträge zur Invalidenversicherung. Eine Witwe zahlt die Beiträge, welche ihr verstorbenen Mann an die Invalidenversicherung gezahlt hatte, zurückzufordern zu können. Dazu ist sie auch berechtigt, weil ihrem Mann noch keine Rente zugeschrieben war. Sie wußte sich nur nicht korrekt auszubilden bei Leistungnahme ihrer Fortberung und stellte bei dem Gemeindesieher ihres Wohnortes einen Antrag auf Rente, anstatt auf Zahlung der von ihrem Manne geleisteten Beiträge. Der Gemeindesieher wußte mit einem solchen Antrage nichts anzufangen, vielleicht, weil er von den in großer Anzahl kommenden geschäftlichen Antragen nichts wußte, oder nicht ahnte, daß die Frau nur

Mündung der Beiträge beantragen wollte und nicht daran dachte, für sich eine Rente zu fordern. Als nun schließlich die Witwe den Beitragserstattungsanspruch in der richtigen Form gestellt machte, wurde ihr bedeutet, die Frist sei bereits verstrichen, denn nach § 41, Abs. 3 des Industriedividuationsgesetzes müsse der Erstattungsanspruch bei Verneidung des Ausschlusses vor Ablauf eines Jahres nach dem Tode des Versicherten erhaben werden. Das Rechtsverfahren kommt hat jedoch dahin erkannt, daß die Witwe den Erstattungsanspruch rechtzeitig gestellt hat. Wenn im vorliegenden Falle die völlig gesunklindige Antragstellerin tatsächlich ihren Anspruch als „Rente“ bezeichnet habe, so hätte sie doch dadurch offenbar nur zum Ausdruck bringen wollen, sie beansprucht das ihr nach dem Gesetz aus Anlaß des Todes ihres Ehemannes zustehende, also die Beitragserstattung. Der Umstand, daß auch dem Gemeindevertreter die einschlägigen Bestimmungen nicht bekannt waren oder derjenige die Witwe nicht richtig verstand, könne der Witwe unmöglich zum Nachteil gereichen. Deshalb mußte ihrem Antrage in der nach dem Gesetz zu modifizierenden Form entsprochen werden. Dieses Urteil dürfte allgemeine Billigung finden.

Weitliche Fabrikdirektoren. Die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin in Italien ist angestellt worden. Mit dem Amt wurde Signora Bolaneri betraut, die bisher als Organisatorin und Aktivatorin in der Gewerkschaft der Schneiderinnen zu Mailand tätig gewesen ist. Sie hat einen besonderen Kursus zur Ausbildung für ihr neues Amt in der Societa Umanitaria zu Mailand durchgemacht.

Die erste Gewerbeinspektorin in der Schweiz, die 1908 für den Kanton Zürich angestellt worden ist, hat kürzlich zum erstenmal über ihre Amtstätigkeit im Gesamtkreis der Regierung des Kantons berichtet. Nachdem die Beamte auf dem Bureau der Gewerbeaufsicht für Fabrikarbeiter eine kurze Zeit gearbeitet hat, wurde ihr die selbständige Leitung des Arbeiterrinnenschwabens übertragen. Von Anfang August 1908 bis zum Schluß des Berichtsjahrs hat sie 272 Revisionen in Betrieben vorgenommen, die unter dem Arbeiterrinnenschwaben stehen. Es ist ihr dabei gelungen, viele Vertretungen der gesetzlichen Vorchriften sowie andere Missstände aufzudecken. Dem Arbeiterrinnenschwaben sind in Zürich 262 Betriebe mit 1539 Arbeitern und 734 Lehrlingen unterstellt. Vergleicht man mit dieser Zahl die der Revisionen, so ergibt sich, daß die Tätigkeit der Beamten nicht hinreichend ist, um den Arbeiterrinnen den gesetzlich gewährleisteten Schutz tatsächlich zu sichern. Es müßten unbedingt noch mehr Inspektoren angestellt werden.

Gewerberichtswahl in Augsburg. Die Wahlkämpfer ist geschlagen. Die Weißbier zum Gewerbericht sind gewählt. Die Augsburger Arbeiterschaft hat die Neuerprobte bestanden. Unsere Gegner boten alles auf, um den freien Gewerkschaften die Stimmen abzujagen. Vier Listen standen einander gegenüber: Freie, Christliche, Hirsche und Gelbe. Während von den einen eine Liste mit den größten Lügen und Verleumdungen gegen uns gearbeitet wurde, versuchten es die Gelben mit der unerhörtesten Beleidigung. Sie verhandelten ihre Stimmzettel an die Arbeitgeber mit der Bitte, diese Sätze unter ihrer Arbeit verteilen zu wollen. Dies geschah mit dem Hinweis, daß es im Interesse des Arbeitgebers läge, den in ihre Vereine wollten mit den Arbeitgebern in Ruhe und Frieden leben und unberührte Fortbewegungen der Arbeiter hinter sich zu halten. Die Arbeitgeber, Großindustrielle wie Kleinunternehmer, taten dann auch ihr Möglichstes, um die Gelben zu unterstützen. Diese hofften auch den größten Teil der Weißbiermandate zu erobern. Zwei Tage vor der Wahl hielten die Gelben noch einen großen Appell ab, wobei ein junger Redner ausrief: „Wir stellen 8 Prozent der Wählerschaft und wir werden zeigen, daß die Unternehmehr ihr Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen haben.“ Das Wahlergebnis ist denunziert über die beiden Unternehmen und ihren Soldaten, den Mägtern der Gelben Vereine, recht betrübend. Von 8281 abgegebenen Stimmen haben die Gelben nur 2297 erhalten, während die Liste der Freien 1015 auf sich vereinigte, die Christlichen 1294 und die Hirsche 624 aufbrachten. Am nächsten Tag von Aranjuez, wo Augsburg eine Hochburg der Hirsche war, haben ihre Mitglieder so ergriffen, daß sie für die Gelben reis wurden. Mit scheinbarem Radikalismus und mit scharfem Kampfgeist gegen andere Arbeiterorganisationen kommt man heute nicht mehr vorwärts. Aber auch die Christlichen werden sehr enttäuscht sein. Sie hatten gehofft, daß die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, zum wenigsten doch, wenn es gilt, für sie kommen würden. Das ist aber nicht geschehen. Die katholischen Arbeitervereine sind auch tatsächlich wahre Brüderstaaten der gelben Sache. Die bekanntesten und einflussreichsten Mitglieder sind längst bei den Gelben, ohne daß sie deshalb in den katholischen Vereinen nur das Geringste in ihrem Ansehen eingebracht hätten. Nur Ehre unserer Textilarbeiter muß gefragt werden, daß sie sich im allgemeinen tapfer gehalten haben. In den Wahllokalen, wo die Arbeiter die Textilfabriken wählten, war das Resultat durchweg ein gutes. Und selbst da, wo gelbe Vereine blühten, haben diese recht kläglich abgeschnitten. Alles in allem genommen, dürfen wir mit der Wahl recht zufrieden sein. Möge daraus mancher Kollege und manche Kollegin, die in letzter Zeit mutlos beiseite standen, erscheinen, daß zwar viele Arbeiter bei den Gelben sind, sie jedoch innerlich zu uns gehören und wir ruhig abwarten können, bis ein Sturm das ganze Patriarchat der Unternehmer umwirft. W. D.

Ortsrätewahl in Chemnitz. Seit Monaten tobte in Chemnitz heftig die altertümliche Auseinandersetzung zwischen dem Reichslager und dem Bürgerschaftlichen Verleumdertheit. Im niedrigsten, perfidesten Weise wurden im Vertrauen darauf, daß Richter sich finden würden, die den Rechtsgrund für die Verleumdertheit von Sozialdemokraten als „strafrei“, von der „nationalen“ Garde der Feinde der Arbeiterklasse mündlich und schriftlich wahre Verge von Verleumdungen gegen die sozialdemokratischen Mitglieder der Rasserverwaltung aufgeführt. Sicherlich wurde die wirtschaftliche Macht des Unternehmertums dazu missbraucht. Angestellte zur Wahl der gegen Sozialdemokraten aufgestellten Kartellistenfeinde zu veranlassen. Handelsangestellte, insbesondere Veräußerer wurden zur Wahlurne von Prinzpalen geführt, um am Wahlgang die Vertreterwahl der Arbeitnehmer zugunsten des freiheitlich-national-liberal-konservativen Mäjtmachs zur Unterdrückung der Rechte der Arbeiter zu beeinflussen. Und der Erfolg? Ein glänzender Sieg des Gewerkschaftskartells: von 12 800 abgegebenen Stimmen entfielen auf die Liste des Gewerkschaftskartells 10 060, auf die Liste der vereinigten Blöcke 220. Tant de bruit pour une omelette. (Viel Lärm um nichts.)

Vereinsgeschäftliches.

Breisachisches Vereinsgeschäft und Mitgliederlisten. Die Strafsammer des Landgerichts Böcklin hat ein Urteil des Schöffengerichts bestätigt, wonach drei Vorstandsmitglieder des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Böcklin zu Geldstrafen verurteilt worden waren, weil sie Angaben, die die Behörde über Mitglieder des Vereins verlangte, nur unvollständig gemacht hatten. In den der Behörde eingereichten Vereinslisten waren die Vornamen der Mitglieder abgetragen, wiedergegeben, eine Wohnungsaufgabe fehlte ganz. Die Vorstandsmitglieder hielten sich nicht für verpflichtet, die Liste in den angegebenen Punkten zu vervollständigen. In der Begründung wurde ausgeführt, es sei festgestellt, daß der sozialdemokratische Verein eine Einigung auf öffentliche Angelegenheiten begehrte und nach einer Sommergerichtsentscheidung sei deshalb der Vorstand gehalten, eine vollständige Mitgliederliste mit Wohnungsaufgabe zu führen.

Sachsen-Anhaltisches. In Wettin sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden. Über den Reichsverband und die Sozialdemokratie sollte der Abgeordnete Baubert. Belmar

sprechen. Kaum hatte der Herr Bürgermeister die Versammlungsanmeldung in der Hand, da war's um seine Ruhe geschehen. So eine Versammlung! Nein, das gibt's nicht! Wörtlich schrieb er folgendes Erguß nieder:

Vorstehende Anmeldung verbiete ich.
1. Nach Hochverlechterlicher Verfügung vom 11./8. 07 A. 417, welche ich dem Anmelder bekannt gegeben habe.
2. Weil ich stark befürchte daß sie eine Versammlung in der allgemeinheit eingerichtet hat, wenn im vorliegenden Falle die völlig gesunklindige Antragstellerin tatsächlich ihren Anspruch als „Rente“ bezeichnet habe, so habe sie doch dadurch offenbar nur zum Ausdruck bringen wollen, sie beansprucht das ihr nach dem Gesetz aus Anlaß des Todes ihres Ehemannes zustehende, also die Beitragserstattung. Der Umstand, daß auch dem Gemeindevertreter die einschlägigen Bestimmungen nicht bekannt waren oder derjenige die Witwe nicht richtig verstand, könne der Witwe unmöglich zum Nachteil gereichen. Deshalb mußte ihrem Antrage in der nach dem Gesetz zu modifizierenden Form entsprochen werden. Dieses Urteil dürfte allgemeine Billigung finden.

Weitliche Fabrikdirektoren. Die erste Gewerbeaufsichtsbeamtin in Italien ist angestellt worden. Mit dem Amt wurde Signora Bolaneri betraut, die bisher als Organisatorin und Aktivatorin in der Gewerkschaft der Schneiderinnen zu Mailand tätig gewesen ist. Sie hat einen besonderen Kursus zur Ausbildung für ihr neues Amt in der Societa Umanitaria zu Mailand durchgemacht.

Die erste Gewerbeinspektorin in der Schweiz, die 1908 für den Kanton Zürich angestellt worden ist, hat kürzlich zum erstenmal über ihre Amtstätigkeit im Gesamtkreis der Regierung des Kantons berichtet. Nachdem die Beamte auf dem Bureau der Gewerbeaufsicht für Fabrikarbeiter eine kurze Zeit gearbeitet hat, wurde ihr die selbständige Leitung des Arbeiterrinnenschwabens übertragen. Von Anfang August 1908 bis zum Schluß des Berichtsjahrs hat sie 272 Revisionen in Betrieben vorgenommen, die unter dem Arbeiterrinnenschwaben stehen. Es ist ihr dabei gelungen, viele Vertretungen der gesetzlichen Vorchriften sowie andere Missstände aufzudecken. Dem Arbeiterrinnenschwaben sind in Zürich 262 Betriebe mit 1539 Arbeitern und 734 Lehrlingen unterstellt. Vergleicht man mit dieser Zahl die der Revisionen, so ergibt sich, daß die Tätigkeit der Beamten nicht hinreichend ist, um den Arbeiterrinnen den gesetzlich gewährleisteten Schutz tatsächlich zu sichern. Es müßten unbedingt noch mehr Inspektoren angestellt werden.

Gewerberichtswahl in Augsburg. Die Wahlkämpfer ist geschlagen. Die Weißbier zum Gewerbericht sind gewählt. Die Augsburger Arbeiterschaft hat die Neuerprobte bestanden. Unsere Gegner boten alles auf, um den freien Gewerkschaften die Stimmen abzujagen. Vier Listen standen einander gegenüber: Freie, Christliche, Hirsche und Gelbe. Während von den einen eine Liste mit den größten Lügen und Verleumdungen gegen uns gearbeitet wurde, versuchten es die Gelben mit der unerhörtesten Beleidigung. Sie verhandelten ihre Stimmzettel an die Arbeitgeber mit der Bitte, diese Sätze unter ihrer Arbeit verteilen zu wollen. Dies geschah mit dem Hinweis, daß es im Interesse des Arbeitgebers läge, den in ihre Vereine wollten mit den Arbeitgebern in Ruhe und Frieden leben und unberührte Fortbewegungen der Arbeiter hinter sich zu halten. Die Arbeitgeber, Großindustrielle wie Kleinunternehmer, taten dann auch ihr Möglichstes, um die Gelben zu unterstützen. Diese hofften auch den größten Teil der Weißbiermandate zu erobern. Zwei Tage vor der Wahl hielten die Gelben noch einen großen Appell ab, wobei ein junger Redner ausrief: „Wir stellen 8 Prozent der Wählerschaft und wir werden zeigen, daß die Unternehmehr ihr Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen haben.“ Das Wahlergebnis ist denunziert über die beiden Unternehmen und ihren Soldaten, den Mägtern der Gelben Vereine, recht betrübend. Von 8281 abgegebenen Stimmen haben die Gelben nur 2297 erhalten, während die Liste der Freien 1015 auf sich vereinigte, die Christlichen 1294 und die Hirsche 624 aufbrachten. Am nächsten Tag von Aranjuez, wo Augsburg eine Hochburg der Hirsche war, haben ihre Mitglieder so ergriffen, daß sie für die Gelben reis wurden. Mit scheinbarem Radikalismus und mit scharfem Kampfgeist gegen andere Arbeiterorganisationen kommt man heute nicht mehr vorwärts. Aber auch die Christlichen werden sehr enttäuscht sein. Sie hatten gehofft, daß die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, zum wenigsten doch, wenn es gilt, für sie kommen würden. Das ist aber nicht geschehen. Die katholischen Arbeitervereine sind auch tatsächlich wahre Brüderstaaten der gelben Sache. Die bekanntesten und einflussreichsten Mitglieder sind längst bei den Gelben, ohne daß sie deshalb in den katholischen Vereinen nur das Geringste in ihrem Ansehen eingebracht hätten. Nur Ehre unserer Textilarbeiter muß gefragt werden, daß sie sich im allgemeinen tapfer gehalten haben. In den Wahllokalen, wo die Arbeiter die Textilfabriken wählten, war das Resultat durchweg ein gutes. Und selbst da, wo gelbe Vereine blühten, haben diese recht kläglich abgeschnitten. Alles in allem genommen, dürfen wir mit der Wahl recht zufrieden sein. Möge daraus mancher Kollege und manche Kollegin, die in letzter Zeit mutlos beiseite standen, erscheinen, daß zwar viele Arbeiter bei den Gelben sind, sie jedoch innerlich zu uns gehören und wir ruhig abwarten können, bis ein Sturm das ganze Patriarchat der Unternehmer umwirft. W. D.

Aus Unternehmertreissen.

Auktoritätsliche Generalsversammlung des Vereins der deutschen Textilveredelungsindustrie. Der Verein der deutschen Textilveredelungsindustrie hielt am Sonnabend, den 80. November, nachmittags 4 Uhr in Düsseldorf eine außerordentliche Generalversammlung ab. Aus der Tagesordnung stehen wie vorher: eine Beratung der wichtigsten sozialpolitischen Vorlagen der soeben begonnenen Reichstagssession, wie die Regelung der Heimarbeit (Haushalt), zehn Stunden Arbeitstag in der Textilindustrie, Tarifverträge und anderes, ferner eine Erörterung der Ansprüche des Kunstgewerbes an die Textilveredelungsindustrie.

Wir können unsere Mitglieder nur dringend auffordern, diesen Versammlungen der Unternehmertreissen ganz besondere Beachtung zu schenken. Die oben gemeldete Versammlung ist eine von denen, welche der Sekretär des Bundes der Industrie am 20. Oktober eröffnete und in der er davon sprach, daß wir in einer Zeit der Hochkonjunktur in der Sozialpolitik liegen. Die Scharfmacher lehnen jedoch Sturm gegen die sozialpolitischen Vorlagen, welche dem Reichstag in dieser Session zugeschoben werden. Besonders ist es die geplante Verkürzung des Arbeitstages für Arbeiterrinnen, welche die Scharfmacher auf die Weine gebracht hat. Wir werden daher dieser Frage noch einmal eindringlich aufmerksamkeit gewähren und in nächster Nummer unseres Blattes damit beginnen, indem wir die Stelle benennen, welche der Textilindustrie der Saarland-Mosel-Kreis am 28. Oktober er. auf der Generalversammlung des „Centralverbandes deutscher Industrieller“ gegen den gesetzlichen Bedenktagen geprägt hat. Aber schon heute rufen wir Kollegen und Kolleginnen: Halten die Augen auf!

Die Vereinigung Deutscher Webereien englischer Werke versendet ein Rundschreiben, wonach eine Herausgabe der Preise für die kommende Textiljahrzeit aufgeschlossen sei. Es gelten bei den Fabriken reichlich Aufträge vor und sie werden durchaus beschäftigt; gleichzeitig müßte jedoch festgestellt werden, daß trotz dieser Verhältnisse ein günstiger Umgang mit den Fabrikationen immer noch ein Verhältnis zwischen Fabrikation und Verkaufslagern besteht. Bei solider Lage wäre eine Erhöhung der Verkaufspreise ausgeschlossen, zumal auch die Menge noch billiger und die Arbeitszeit eben liegen die hinten.

Aus Handel und Industrie.

Die Lage der Textilindustrie in Österreich. Im österreichischen Reichsrat gab der Finanzminister Ritter v. Kotowksi ein Exposé über die augenblickliche Finanzlage und berichtete über die Textilindustrie folgendes:

Was die Textilindustrie betrifft, so sollen sich im Auslande bereits Symptome zeigen, welche auf eine gewisse Abschwächung der Konjunktur schließen lassen; insbesondere wird für das Jahr 1908 ein Nachlassen in der Konjunktur für die englische Textilindustrie erwartet. Hierdurch würde die Exportmöglichkeit für die österreichische Textilindustrie abgeschwächt, ohne daß für die stark vergroßerten Etablissements im Inland eine ausreichende Absatzmöglichkeit gewährleistet wäre. Speziell die Baumwollindustrie hat sich in Österreich sehr ausgedehnt und darf in den letzten Jahren die Spindeln um 800 000 bis 700 000, die Zahl der Webstühle um 18 000 bis 20 000 sich vermehrt haben. Der inländische Konsum dürfte durch unsere im allgemeinen doch nicht schlechte Ernte und die stets sich bessernenden Wohnverhältnisse eine Steigerung erfahren, welche die weitaus günstige Ernte in Ungarn zu gewährleistenden Ausfall wieder paralytiert würde. Der Export hat sich seit 1900 konstant gesteigert. Ob aber ein andauerndes, selbigen in dem bisherigen Umfang auch für die Zukunft angenommen werden kann, und ob nicht etwa die Verkürzung aller Lebensbedürfnisse, wie sie sich in letzter Zeit bemerkbar macht, auf die Konsumkraft mindrend einwirkt, ist nicht sicher. jedenfalls reichen die Aufträge im allgemeinen noch bis ins zweite Quartal des nächsten Jahres.

Eine Baumwollausstellung mit Reichsunterstützung. Der letzte Statistiken des Reichsamts des Innern enthält zum ersten Male einen Wert von 50000 Mark, der zur Förderung der Baumwollkultur, soweit es sich hierbei um inländische Aufgaben handelt, bestimmt ist. Die gleiche Förderung dürfte, wie wir hören, auch im Staatsentwurf für 1908 erscheinen. Neben die Verwendung der 50000 Mark verlautet, daß sie zur Unterstützung einer für April nächsten Jahres geplanten Ausstellung von Baumwolle in möglichst allen Gewerben und Dienstleistungen dienen sollen. Auf der Ausstellung sollen Baumwollgins (Entzerrungsmaschinen) und Baumwollpressen im Betriebe vorgeführt werden, um der deutschen Maschinenindustrie Gelegenheit zu geben, derartige Maschinen, die bisher in Deutschland nicht gebaut wurden, kennen zu lernen und ihre Fabrikation aufzunehmen. Es hätte nahe gelegen, die Baumwolle selbst und die Baumwollgins daraus zum Hauptgegenstand der Ausstellung zu machen. Dieser Gedanke ist indessen fallen gelassen worden, weil die gute Qualität der deutschen Kolonialbaumwolle bereits allgemein anerkannt ist; jetzt handelt es sich darum, alle Schritte in Bezug auf die Baumwolle zu gehen, um die Quantität zu haben. Allein schon der Nachweis, daß es möglich ist, in den afrikanischen Kolonien Baumwolle zu erzeugen, übt seine Wirkung und hat sich als ein wichtiges Mittel erwiesen, um den alten Baumwollländern, insbesondere den Baumwollproduzenten in den Vereinigten Staaten, zum Verlust zu bringen, daß sie ihre ausschlaggebende Stellung auf dem Weltmarkt ernstlich gefährden, wenn sie den Baumwollindustriellen durch künftliche Machenschaften ihr Rohmaterial über Gebühr verteuern.

Es ist natürlich geradezu lächerlich, wenn man davon redet, die deutschen Kolonien in Afrika könnten mit ihren 8800 Zentnern Baumwolle, die im vorigen Jahre dort geerntet wurden, die ausschlaggebende Stellung der Amerikaner auf dem Weltmarkt ernstlich gefährden. Die jährliche Baumwollproduktion in Amerika beträgt jetzt 80 000 000 Zentner. Daraus ist zu erkennen, daß selbst dann, wenn das Unmöglichste möglich, und die vorige Jahresrente in den deutschen Kolonien verbunderfaßt würde, zu einer solch großspurigen Blufferei auch noch keine Veranlassung wäre.

Der amerikanische Baumwollepreisentwickelt, die Gulf Compress Co. in Dixburg, ist als ungefährlich erklärt, zu 1800 000 Dollar Strafe verurteilt und aus dem Staate Westfalen ausgewiesen worden; die Gesellschaft muß den Staat innerhalb eines Jahres verlassen haben. Günstiger Geschäftsgang in der russischen Textilindustrie. Aus Moskau wird gemeldet, daß die dortigen Baumwollfabriken schon seit ihrer Produktion für das Jahr 1908 zu sehr guten Preisen vollständig verkauft hätten. — Aufgrund des günstigen Geschäftsganges in der Moskauer Baumwollindustrie hat sich die Aktiengesellschaft für Kartonfabrikation von Emil Gündel vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemann, Dr. Bernheim-Münzen, erklärte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn von den russischen Verleumdern und deren Preise vorgeworfen wurde. Der Vertreter Brüggemanns, Dr. Bernheim-Münzen, griffte in seinem Plaidoyer schärf das niedrige Preisniveau, das Direktor Jordan in verschiedenen Sitzungen des Arbeiterausschusses mitgeteilt hatte, daß Brüggemann nicht so gehandelt habe, wie ihn

Ortsverwaltungen.

Zur Berichtigung. In der Bekanntmachung in der letzten Nummer des "Textilarbeiter" soll es heißen: Karl Louis Meier, nicht Peter.

Breslau. Alle Sendungen sind von jetzt ab an den Verband der Schuhmacher, Berliner Platz 4, zu richten.

Neumünster. Besucht wird das Mitglied Julius Gerlach, Weber, geboren am 9. Februar 1868 in Nowawes, eingetreten in den Verband am 13. Februar 1894 in Neumünster, Stammmnummer 6165. Wer den Aufenthaltsort und die Adresse dieses Mitgliedes kennt, wird gebeten, sie an die Filiale Neumünster gelangen zu lassen.

Joh. Peter, Geschäftsführer, Klosterstr. 3.

Aufruf!**Zeugdrucker aller Art und allerorts!**

Durch die in unserer Branche eingerissene, der Neuzeit nicht mehr entsprechende Verhältnisse ist die unterzeichnete Korporation zu dem Entschluß gekommen für unsere Branche eine Konferenz im nächsten Jahre abzuhalten, damit eine gegenseitige Aussprache stattfinden kann. Wir ersuchen daher die Kollegen allerorts, ihre Adressen an Unterzeichneten gelangen zu lassen, damit wir ihnen das weitere Material zustellen können.

Mit kollegialem Gruß

Die Drucker- und Formstecher-Korporation zu Penig.
J. A.: Ernst Bölsch, Penig, Leipzigerstr. 118.

Totenliste.**Gestorbene Mitglieder.**

Braunschweig. Minna Puschle, 26 Jahre alt — Herzschlag. Grimmischau. Alina Brüderer, verheirathete Wöhn, 25 Jahre alt — Entbindungsfolge.

Eilenburg. Bernhard Külich, 44 Jahre alt — Herzschlag. M.-Gladbach. Am 29. November Anton Olders, 37 Jahre alt — Blutergistung.

Hohenstein-Ernstthal. Am 23. November Hermann Vogel, 64 Jahre alt — Herzschlag.

Langenholzhausen. Am 28. November Anna Göhlmann, 21 Jahre alt — Herzschlag infolge Entbindung.

— Am 2. Dezember August Ritscher, 42 Jahre alt — Schlaganfall.

Lausitz. Am 11. November Emil Schäfferth, 44 Jahre alt — Herzschlag.

Leubsdorf. Am 26. November Peter Holzhausen, 37 Jahre alt — Halsleiden.

Sommerfeld. Gustav Hübner — Unglücksfall.

Ehre ihrem Unbeleben.

Streitfalltafel.

Motiven, die nicht für die nächste Woche neu eingesandt werden, finden keine Aufnahme mehr.)

Im Streit befinden sich bzw. sind ausgesetzt:

Gold- und Silberarbeiter in:

Weissenburg i. Bayern (Anselm Rieß).

Bandweber in:

Budapest (J. Schön).

In Bewegung ohne Streit befinden sich

Weber in:

M.-Gladbach (Böhmen u. Co.)

Vachen (Erling).

Stoffdrucker in:

Penig

Spinnereiarbeiter in:

Leipzig.

Geldstoffweber in:

Crefeld.

*

Wegen vorgetragener Maßregelung eines Kollegen und einer Kollegin, ersuchen die Kollegen in Eisenach, die dortige Baumwollspinnerei zu meiden.

Wegen Vorrereduktionen wollen die Wirkler das Ergebnis meiden.

Neben der Firma Paul Wiedemann in Mühlstroff haben die dortigen Kollegen im Verein mit den Blauenschen die Sperrre verhängt.

Zwecks Abwehr von Maßregelungen, werden die Färber und Weber ersucht, die ganze Schweiz bis auf weiteres zu meiden.

Versammlungskalender.

Ultenburg. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, im "Kronprinz" (Neue Welt).

Augsburg-Zehhausen. Sonnabend (Samstag), 14. Dezember, in der Weißen Rose.

Paderborn. Sonntag, 8. Dezember, abends 6 Uhr, bei Kaspar Jesinghaus in Silbertal.

Berlin. Jeden Freitag, abends von 7 bis 10 Uhr, bei Manschke, Blumenstr. 38; Samstag.

Berlin. Bahnhof: Rückendorferstr. 18; bei Wittner.

Berlin. (Sektion der Detailleure.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 8 Uhr, bei Böllmann, Alte Jakobstr. 69; Samstag.

Berlin. (Sektion Weihensee.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Content, Leibnizstrasse; Samstag.

Berlin. (Sektion der Schiffchen- und Handsticker.) Jeden Sonnabend, abends von 7 bis 9 Uhr, bei Wöhler, Landsbergerstrasse 115; Samstag.

Berlin. (Sektion der Sticker.) Jeden Freitag, abends von 8 bis 10 Uhr, bei Engel, Schedelstr. 30; Samstag.

Berlin. (Sektion Mönchengladbach.) Jeden Sonnabend, abends von 6½ bis 7 Uhr, bei Berger, Biekenstr. 81; Samstag.

Berlin. (Für Charlottenburg.) Jeden Sonnabend, abends von 6 bis 8 Uhr, bei Otto, Marchstr. 29; Samstag.

Berlin. (Für Moabit.) Bahnhof: Görlitzerstr. 24, bei Reiß, Berlin II. (Postamtlicher.) Wiltzstr. 18, Dezember, abends 8 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstrasse 76.

Bielefeld. Sonnabend (Samstag), 7. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Blomm, Weberstraße 6.

Braunschweig. Sonnabend, 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Stegers-Bierpalast; Postamtlicherversammlung.

Crefeld. Sonnabend (Samstag), 14. Dezember, abends 8 Uhr, bei Große, Kupferstrasse.

Überseeb. Sonnabend (Samstag), 14. Dezember, abends 9 Uhr, im "Vollshaus".

Volkensb. i. B. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im "Sächsischen Hof".

Brandenburg. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8 Uhr, im "Stadt-Parc".

Greifsw. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, in der "Union"; Samstag.

Bärtsch. Sonnabend (Samstag), 7. Dezember, abends 8 Uhr, bei Bärtsch, Wasserstraße 18.

Fürstenwalde. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 9½ Uhr, bei Thomas, Windmühlenstraße 7.

Gütersl. Jeden Sonntag, nachmittags 10 Uhr, im "Param"; Samstag.

Der Textil-Arbeiter

Gebweiser. (Einzelmitglieder.) Montag, 16. Dezember, Göppingen. Sonntag, 16. Dezember, nachmittags 2 Uhr, in den "Drei Königen": Generalversammlung. (Wahl der Delegierten.)

Gütersloh. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, in der "Krone" in Gütersloh.

Herford. Montag, 9. Dezember, abends 7 Uhr, bei Fuhrmann, Höhenstraße.

Hohenleuben. Sonnabend (Samstag), 7. Dezember, bei Hermann Schläf.

Lambrecht. Sonnabend, 7. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Schlosser.

Langensalza. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, im "Gewerkschaftshaus", Breitestraße 16.

Lindenwalde. Mittwoch, 11. Dezember, abends 8 Uhr, bei Otto Schulze, Weißgerberstraße 34.

Markt-Stebach. Sonnabend (Samstag), 14. Dezember, bei Gustav Lang.

Mittweida. Sonnabend, 7. Dezember, abends 9 Uhr, im "Rosen-garten".

Mylau. Sonnabend, 7. Dezember, abends 8½ Uhr, in der "Germania".

Niederwiesbaden. Jeden Sonnabend, von nachmittags 5 Uhr ab, bei Neumann, Grünauerstraße 5; Samstag.

Nordhorn. Jeden Sonnabend abend von 8 Uhr an bei Steinberg; Samstag.

Nürnberg. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 9 Uhr: Generalversammlung.

Osterode. Sonntag, 8. Dezember, abends 8 Uhr, im "Schützenhaus": Deßentliche Versammlung.

Debt. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Wolters in Grefrath, Rosenstraße.

Delitzsch. Donnerstag, 12. Dezember, abends 8½ Uhr.

Völklingen. Sonnabend, 14. Dezember.

Reutlingen. Sonnabend (Samstag), 7. Dezember, abends 8 Uhr, im "Tiroler" (Deutscher).

Schiffbau. Mittwoch, 18. Dezember, bei Wohlmann.

Sorau. Sonntag, 15. Dezember, nachm. 3½ Uhr, in der "Eile"; Stralau-Hummelsburg. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, bei Heinze, Hummelsburg, Hauptstraße 4. — Jeden Freitag, abends von 8—9 Uhr, bei Rittwach, Straleuer Allee 20a; Samstag.

Stuttgart. Mittwoch, 11. Dezember, abends 7½ Uhr.

Treuen i. S. Sonnabend, 14. Dezember.

Worstell. Sonnabend, 7. Dezember, abends 8½ Uhr, im "Bergsteller"; Wermelskirchen. Sonntag, 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Otto Voß, Telegraphenstraße.

Wittenberge. Sonntag, 15. Dezember, nachmittags 8½ Uhr, bei Hermann Jahn, Steinstraße.

Zeitz. Sonnabend, 14. Dezember, abends 8½ Uhr, im "Felsenfeller", Fabrikstraße.

Erscheinen aller in allen Versammlungen notwendig!

Quittung.

Bei dem Unterzeichneten gingen im November für das Internationale Sekretariat ein aus: Gronau 0,80, Geisfeld 7,80, Ohligs 2,10, Wocholt 6,65, Neuburg 2,45, Oberlungwitz 8,80, Neugersdorf 72,05, Freytag (Schles.) 8,20, Friedland 8,40, Lauban 6,65, Duisburg 5,20, Memmingen 1,95, Waznen 99,95, Frankfurt (Main) 8,26, Hohenlimburg 0,80, Nean 2,60, Kleinolbersdorf 3,70, Lautsigt 2,40, Hemelingen 2,60 M.

Paul Wagener,
Berlin O 27, Andreasstr. 61, II.

ANZEIGEN

(Gebührenbetrag ist im voraus zu entrichten, widrigenfalls die Aufnahme abgelehnt wird.)

Filiale Sommerfeld (Bez. Frankf. a. O.)

Montag, den 9. Dezember, abends 8½ Uhr, im "Kurfürsten";

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Wahl des Gesamtvorstandes, der Revisoren und Kartelldelegierten. 2. Abrechnung von: Stiftungsfest. 3. Kartellbericht. 4. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden erachtet, vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Mendamm.**Rendam.**

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im "Hotel Kaiserhof".

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Geschäftsbereich. 2. Mitgliederbewegung. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Neukirchen. Achtung!

Sonntag, den 15. Dezember, abends 7 Uhr

Besprechung, wozu alle Kollegen und Kolleginnen zu erscheinen haben. Der Bevollmächtigte.

Bahnhofstelle Plauen.

Sonnabend, den 14. Dezember, abends 1/20 Uhr, im "Schillergarten".

Generalversammlung

Tagesordnung: 1. Antrag auf Austritt des Kollegen X. Summer. 2. Neuwahl des Verwaltungsausschusses und des Kartelldelegierten. 3. Stellungnahme zur nächsten Generalversammlung. 4. Verschiedenes.

An alle Kollegen und Kolleginnen richten wir die Bitte, zu dieser Versammlung vollzählig zu erscheinen.

Der Vorstand.

Verband deutscher Textilarbeiter.

Filiale Hannover-Linden: Bureau: Leinwand-Strasse 1, part.

Sonntag, den 8. Dezember, nachmittags 3 Uhr,

im Lokal des Herrn Gander, Zimmer-Strasse 50.

Generalversammlung.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl des Vorstandes und des Kartelldelegierten. 3. Antrag der Vergabeung des Büros. 4. Verschiedenes.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Die Ortsverwaltung.

Filiale Köpenick.

Montag, den 10. Dezember, abends 8 Uhr, bei Schee (Wilhelmsgarten):

General-Versammlung.